

Was sagt die Sozialdemokratie den Pächtern und Heuerlingen.

Vor der Revolution lebten Hunderttausende Pächter und kleine Heuerlinge unter dem wirtschaftlichen Druck der großen Grundbesitzer, denen sie zins- und arbeitspflichtig waren.

Unter tätiger Mitwirkung der Sozialdemokratie wurde hier nach der Revolution durch die Pächterschutzverordnung von 1920 Wandel geschaffen. Die Reichsparteien ließen Sturm gegen diese neue Regelung, die u. a. vorsch, daß der Pächter nicht höher sein darf, als es einer angemessenen Vergütung des Steuerzins entspricht und fordernden den Abbau des Pächterschutzes. Dem unermüdlichen Drängen der Sozialdemokratie ist es gelungen, die dunklen Pläne des Reichsministeriums Luther im September 1924 zu verhindern. Heute sind die Bestimmungen des Pächterschutzgesetzes in der Pächterschutzverordnung geltendes Recht geworden.

Die Sozialdemokratie fordert aber in ihrem Agrarprogramm ein endgültiges Pächterschutzgesetz, das die Interessen der kleineren und mittleren Pächter gegenüber den privaten Grundbesitzern nachhaltig sichert. Insbesondere fordern wir Schutz gegen willkürliche Kündigungsmaßnahmen der großen Grundbesitzer, deren Recht z. B. bei den Verträgen mit den Heuerlingen heute geht, daß die Frauen der Heuerlinge gezwungen sind, ständige schwerste Sandarbeit mitzuliefern. Verdennde Mütter und trauende Frauen sind unter Androhung der Kündi- gung der Männer zu schweren Sandarbeiten fern vom Hause gezwungen worden.

Im sozialdemokratischen Agrarprogramm heißt es: Das neue Pächterschutzgesetz muß bestimmen:

- a) daß Pächterrenten über landwirtschaftlich und gärtnerisch genutzte Grundstücke für einen Zeitraum abgesehen werden müssen, der dem Pächter eine wirtschaftliche Betriebsführung ermöglicht,
- b) daß bei Beendigung des Pächterverhältnisses dem woidenden Pächter für diejenigen Aufwendungen, die den Wert des Pächterobjektes dauernd erhöhen, eine angemessene Entschädigung für seine Aufwendungen gewährt werden muß,
- c) daß die Pacht nicht höher sein darf, als einer angemessenen Vergütung des Steuerzins entspricht, der verpachteten Grundfläche entspricht,
- d) daß dauernden Pächtern, insbesondere den Generationspächtern, die ohne ihr Pachtland ihren Betrieb nicht aufrechterhalten können, und die es ordnungsgemäß bewirtschaften, höhere Gewinne gegen Entziehung des Landes gegeben wird."

Sicherung der Pächter und Heuerlinge gegen die Willkür der spekulierenden Grundbesitzmagnaten, das ist ein Ziel der sozialdemokratischen Agrarpolitik.

Den wirtschaftlichen Pächtern und Heuerlingen wird die Einführung am nächsten Wahltag nicht schwer fallen: Sie wählen alle sozialdemokratisch!

beschäftigten Frauen in der Zeit der Schwangerschaft und als Wöchnerinnen. Dieser ist auf diesem Gebiet gegen die Gesundheit der Sandarbeiterinnen geradezu gefährlich worden.

Einrichtung der Sozialversicherung und der Unfallversicherung müssen die Sand- und Forstarbeiter mit der übrigen Arbeiterkraft gleichgestellt werden. Sie gehören vor allem in den Bereich der Arbeitslosenversicherung. Bei Berechnung der Unfallrente muß auch hier, wie beim Industriearbeiter, nach dem letzten tatsächlichen Jahresverdienst gegangen werden. Heute wird meist ein fingiertes Einkommen zugrunde gelegt, das weit unter dem wirklichen Verdienst liegt.

Das Kollisionsrecht der Sand- und Forstarbeiter bedarf eines energischen Schutzes. Die Durchführung des Betriebsratsgesetzes muß auch in der Praxis erfolgen.

Um die rechtliche Gleichstellung der Sand- und Forstarbeiter mit den übrigen Wirtschaftsprüfung zu erreichen, ist es notwendig, daß dieselben in den Landwirtschaftskammern und ländlichen Arbeitsnachweisen neben den Großgrundbesitzern paritätisch mitwirken können.

Diese Forderungen sind aus den Richtlinien des sozialdemokratischen Agrarprogramms und der sozialdemokratischen Baronsverordnung herausgehoben und stellen nur einen Teil der Forderungen der Sozialdemokratie für die Pächter der Sand- und Forstarbeiter dar.

Alle Sand- und Forstarbeiter, die ihre Interessen eifrig und mit Nachdruck vertreten wollen, kämpfen Schulter an Schulter mit ihren Arbeitsbrüdern in der Sozialdemokratie!

Die Deutschnationalen am Pranger.

Die grenzenlose Demagogie der Deutschnationalen gegenüber den Wirtschaftsgelehrten wird für immer ein Schandfleck in der Geschichte dieser Partei sein. Hunderttausende Spar- und Reingelübter sind von der deutschnationalen Agitation während des letzten Reichstagswahlkampfes mit Verhörungen gewonnen worden, die nachher nicht erfüllt wurden. Das gescheiterte Spiel der schmarotzhaften Heuerlöhner wird in einem „Liefen Brief“, den die Drisgruppe Bielefeld des Deutschen Sparbundes an die deutschnationalen Abgeordneten ihres Wahlkreises richtete, der Nachwelt plastisch vor Augen geführt. Der Brief hat folgenden Inhalt:

Herr Abgeordneter Treumann!

Vor den letzten Reichstagswahlen haben Sie als Kandidat der Deutschnationalen Volkspartei des Wahlkreises Westfalen-Nord zur Aufmerksamkeitsfrage nachstehende Erklärung abgegeben und in der hiesigen Presse veröffentlicht:

„In die Wähler des Wahlkreises Westfalen-Nord! Zur Frage der Aufwertung aller Sparforderungen erkläre ich palmenstehend nach einmal:

1. Unserem Reichstagskandidaten Dr. Behl, dem Ehrenvorsitzenden des Hypothekengläubiger- und Sparersparverbandes für das Deutsche Reich, der am 7. Dezember als deutschnationaler Reichstagsabgeordneter in den Reichstag einzog, werden wir bei der Vertretung seines Abgeordnetensitzes antretenden.

2. In Fortsetzung der bisherigen Haltung der deutschnationalen Reichstagsfraktion treten wir für eine individuelle Aufwertung nach Trennung und Gläubiger ein.

Bielefeld, den 2. Dezember 1924.

Die Epithetkandidaten der deutschnationalen Liste Nr. 2
gez. G. R. Treumann, gez. Dr. Hugenberg,
gez. Carl Herbold, gez. Krieger.

Zuende und aber Zulende betrogene Spar- haben ihnen daraufhin ihre Stimme bei der damaligen Reichstagswahl gegeben in der festen Erwartung, daß ein ehemaliger Offizier auch zu seinem Wort stehen werde.

Das Zuhaltbekommen der sogenannten „Aufwertungs- gelege“ sowie die gescheiterten Verhandlungen im Reichs- auschuß des Reichstags über deren Abänderung haben bewiesen, daß Sie und Ihre Parteifreunde nicht nur in seiner Weise die berechtigten Interessen der geschädigten Spar- vertreten haben, sondern in freilich Wortsprache zu Ihren Wählerkreisen sogar den bestigen Gelegenheits- bewilligen, für die Annahme der schändlichen Aufwertungsgelege (Kammin) und lästige gestellten Verbesserungsvorschläge anderer Parteien systematisch abzulehnen.

Die Erbitterung ist grenzenlos! Sie dürfen versichert sein, daß wir Entschieden bei der nächsten Reichstagswahl nichts vergessen haben und Ihnen mit Ihrer Partei die gebührende Abfuhr erteilen werden.

Der Vorstand des Sparbundes,

Drisgruppe Bielefeld.

Der Vertreter der Spar- und Reingelübter, Dr. Behl, der auf einer deutschnationalen Kandidatenliste in den Reichs- tag gewählt wurde, sollte nach dem Willen der Deutschnationalen nicht in den Auschuß hinein, der die Aufwertungs- vorlagen ausarbeiten und vorbereiten mußte. Hätte die Sozialdemokratie nicht freiwillig einen Sitz in diesem Auschuß an Dr. Behl abgetreten, lie hätte er nicht einmal die Gelegenheit bekommen, praktisch mitzuarbeiten.

Die Spar- und Reingelübter geben den Deutschnationalen für den Betrugsbeweis die beste Dultung, indem sie Sozialdemokraten verdächtigen!

Beantwortet: P. Jander, Ernst v. G. Rieck & Co., Debe 1. Brandenburg

Werttätige in Stadt und Land

gehören in die Partei der arbeitenden Menschen,

in die

SPD.

In die Wohnungen aller Werttätigen gehört als

Veranerin und Freundin die

Sozialistische Presse

Land und Forstarbeiter gehören in die Reihen der Sozialdemokratie.

Seit Jahrzehnten schon kämpft die Sozialdemokratie um die Hebung der kulturellen, sozialen und wirtschaftlichen Lage der Sand- und Forstarbeiter.

Als zur Staatsversammlung im Jahre 1918 waren die Sandarbeiter Staatsbürger zweiter Klasse. Sie wurden durch Ausnahmegerichte und die mittelalterliche Gläubigerordnung von einer freien Betätigung für ihre sozialen und wirtschaftlichen Interessen ausgeschlossen. Die Revolution befreite diesen unwürdigen Zustand und gab den Sand- und Forstarbeitern die gleichen Staatsbürgerrechte wie allen anderen Berufsgruppen in Deutschland.

In sozialpolitischer Beziehung fordert die Sozialdemokratie, daß das Wohnrecht der Sandarbeiter gesetzlich sein muß vom Einfluß des Unternehmers und von der Verbundenheit mit einer bestimmten Arbeitshalle.

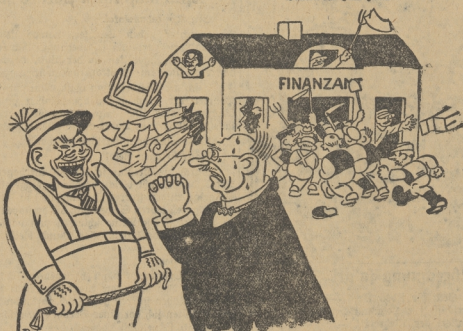
Um die Forderungen des Sandarbeiters zu gewährleisten, müssen Deputations- und Deputationsland möglichst befreit und dafür der nötige Sachverhalt eingeführt werden. Hierzu gehört auch die Abschaffung der sogenannten Heuerlingsverträge.

Arbeitszeit und Sonntagsruhe der Sand- und Forstarbeiter sollen durch ein Reichsgesetz geregelt werden, um auch in der Sandwirtschaft für die werttätigen Schaffenden eine menschenwürdige Arbeitszeit zu gewährleisten. Für erst. notwendige Sonntags- und Überstundenarbeit sollen dem Sandarbeiter genau so gut Lohn- zuzahlung gezahlt werden wie dem Industriearbeiter.

Wang besonders energischen Schutz fordert die Sozialdemokratie für die in der Sandwirtschaft

Agrariertumult.

In North führten die vom Landbau ausgehenden Bauern des Finanzzins.



Der Bürgermeister: „Herr Baron, um Gotteswillen, was soll nur dabei herauskommen?“
Der Großagrariar: „Was dabei herauskommen soll? — Na, ich denke: für meine dummen Bauern ein Land; iedenfalls ein Prozeß und für mich eine siebenstellige Subvention!“

STADTARCHIV
BRAUNSCHWEIG

H XVII 13:23

Rechnungsnummer 1881

